

WEITBLICK



ZEITUNG FÜR EINE GLOBAL GERECHTE UND ZUKUNFTSFÄHIGE POLITIK

2/2015
TIERHALTUNG

Eine Frage der Haltung.
Seite 2

Lebensmittelverschwen-
dung stoppen. Seite 3

Welthandelspolitik ohne
Orientierung. Seite 4

EDITORIAL



Klemens van de Sand
Vorstandsmitglied
von Germanwatch

Liebe Leserin, lieber Leser,

Die negativen Wirkungen der industriellen Tierhaltung, die krisenhafte Situation auf dem europäischen Milchmarkt, der anhaltende Skandal der Verschwendung von Lebensmitteln, der steigende Verlust von fruchtbaren Böden, tropischem Regenwald und Artenvielfalt – die Themen dieses Weitblicks machen die wachsenden Probleme des gegenwärtigen Systems von Landwirtschaft und Ernährung in der EU und weltweit deutlich. Waren die letzten Jahrzehnte – zumindest in der EU – von zu vielen staatlichen Eingriffen in die Märkte geprägt, scheint das Pendel nun weit in die andere Richtung auszuslagen.

Landwirtschaftliche Unternehmensstrategien, die vor allem auf Kosteneffizienz durch industrielle Prozesse und hohe Mengen setzen, stehen oft im Widerspruch zu sozialer Verträglichkeit und ökologischer Nachhaltigkeit. Dabei gibt es durchaus Märkte für nachhaltiger erzeugte und vermarktete Lebensmittel. Um sie zu erschließen und aus der Nische herauszuholen, braucht es neben einfallsreichen Bauern und Bäuerinnen, verantwortungsbewussten Unternehmen und kritischen VerbraucherInnen vor allem die richtigen politischen Rahmenbedingungen. Dafür will Germanwatch zusammen mit Partnern aus unterschiedlichen Bereichen der Zivilgesellschaft Unterstützung im politischen Raum gewinnen und den Handlungsdruck auf relevante EntscheidungsträgerInnen in Politik und Wirtschaft erhöhen.

Ihr Klemens van de Sand

Warum ich Germanwatch wichtig finde



Barbara Unmüßig
Vorstand der Heinrich-
Böll-Stiftung

Ich unterstütze Germanwatch, weil die Organisation seit vielen Jahren Bewusstsein dafür schafft, welche Verantwortung und welche Auswirkungen die deutsche und europäische Agrar- und Handelspolitik auf globale Gerechtigkeit und Ernährungssicherheit hat.

Raus aus der Quote – rein in die Krise

Die Milchwirtschaft sollte auf Klasse statt Masse setzen

Für die europäischen Milchbäuerinnen und -bauern markiert dieses Jahr einen historischen Einschnitt: Die Milchquote, das zentrale Element der Marktordnung für Milch, die dreißig Jahre lang eine Obergrenze für die Milcherzeugung in der EU insgesamt und letztlich für jeden einzelnen Betrieb festlegte, wurde abgeschafft. Seit April 2015 gibt es keine staatliche Mengenregulierung mehr. Folglich können die LandwirtInnen selbst entscheiden, wie viel Milch sie produzieren. Schon im letzten Jahr, als die Quotenregelung noch in Kraft war, stieg die Produktion in Erwartung der neuen Regelung in vielen Ländern, darunter Deutschland, drastisch an. Da die Milchpreise weltweit und auch in der EU mit etwa 40 Cent pro Liter Milch ungewöhnlich hoch waren, schufen viele Betriebe neue Kapazitäten und erzeugten sechs Millionen Kilogramm mehr Milch als im Vorjahr. Zum Abschluss wurde die noch geltende Milchquote daher so stark überschritten wie noch nie. Vielen Milchbäuerinnen und -bauern stehen nun hohe Strafzahlungen ins Haus. Das höhere Angebot der EU und anderer großer Exporteure wie Neuseeland, Australien und den USA trifft derzeit auf eine kaum noch wachsende Nachfrage. Die EU ist zusätzlich vom Importstopp betroffen, den Russland im Zuge der Ukraine-Krise gegen landwirtschaftliche Produkte aus der EU verhängt hat.

Die EU exportiert vor allem Milchpulver

In der aktuellen Situation erweist es sich als Nachteil, dass viele Molkereien in der EU und gerade auch in Deutschland zuletzt vor allem in neue Trockentürme für Milchpulver investiert haben. Damit sollte die insbesondere in China deutlich gestiegene Nachfrage bedient werden. Milchpulver ist ein standardisiertes Massenprodukt, bei dem der Wettbewerb in erster Linie über den Preis stattfindet. China ist dabei eine gewisse Ausnahme, da die Menschen dort nach mehreren Lebensmittelskandalen kaum noch Vertrauen in einheimische Milchprodukte haben und für importierte Waren höhere Preise zahlen. Doch mit dem langsameren Wirtschaftswachstum in China scheinen die KonsumentInnen dort – wie auch in anderen Schwellenländern der Region – nun preisbewusster zu werden und weniger für importiertes Milchpulver ausgeben zu wollen.

Preisverfall trifft Bäuerinnen und Bauern

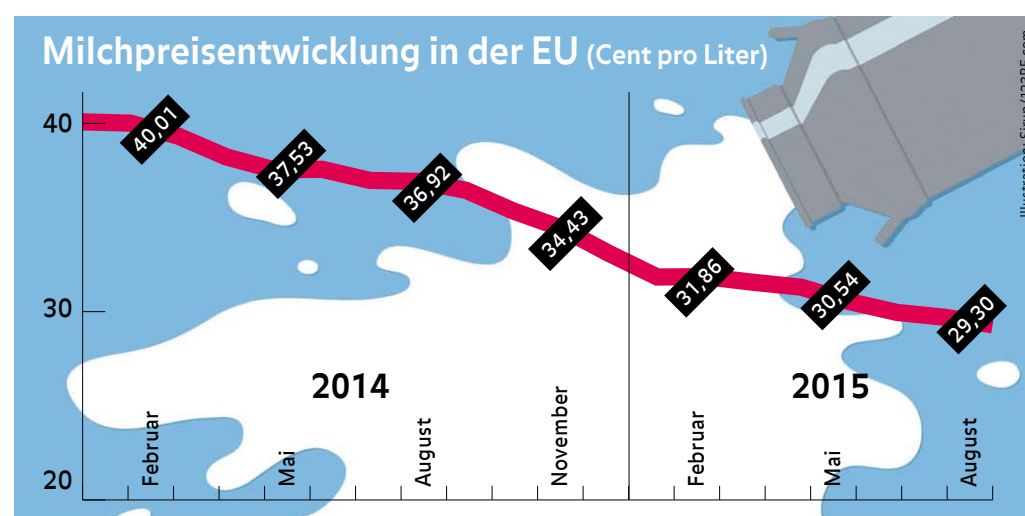
Die Milchbäuerinnen und -bauern in Deutschland und der EU trifft diese Entwicklung hart. Die Molkereien können Milchpulver nur zum Weltmarktpreis absetzen und kaufen den wichtigsten Rohstoff dafür – die Milch – zu entsprechend niedrigen Preisen ein. Für ein Kilogramm Milch werden derzeit deutlich weniger als 30 Cent bezahlt, in einigen Regionen sogar weniger als 25 Cent. Das deckt die Kosten selbst der effizientesten Betriebe nicht. Europaweit

protestieren daher Milchbäuerinnen und -bauern und fordern Unterstützung. Auch der *Deutsche Bauernverband (DBV)*, der noch im Frühjahr das Ende der Milchquote begrüßt und auf Exportchancen gesetzt hatte, schließt sich an. Die Forderungen des Bauernverbands sind jedoch nicht geeignet, die Ursachen der Milchpreiskrise zu beseitigen. Eine „Exportoffensive“ für die europäische Milchwirtschaft sollen die Regierungen starten und den Bäuerinnen und Bauern mit Überbrückungskrediten helfen. Molkereien wiederum sollen sich zusammenschließen, um ihre Verhandlungsmacht gegenüber dem Lebensmittelhandel zu stärken. Direkte Subventionen für

Milchbäuerinnen und -bauern noch geringere Chancen, ihre Milch abzusetzen.

Flexible Produktionskontrolle als Alternative

Anders als der *Deutsche Bauernverband* setzen sich Verbände wie das *European Milk Board*, der *Bundesverband Deutscher Milchviehhalter* und die *Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft* dafür ein, in Zeiten stark sinkender Preise die Milcherzeugung einzuschränken. Auch sie schlagen keine Rückkehr zur Milchquote vor, die mehr schlecht als recht funktio-



Rasanter Preisverfall: Anfang 2014 bekamen die Bäuerinnen und Bauern in der EU noch gut 40 Cent pro Liter Milch, aktuell sind es im EU-Durchschnitt nur noch 29,3 Cent pro Liter. (Quelle: Europäische Kommission 2015)

Exporte fordert der DBV (noch) nicht. An der generellen Ausrichtung auf höhere Exporte und den damit in der Regel einhergehenden niedrigen bzw. stark schwankenden Preisen will der DBV ebenso wie andere etablierte Bauernverbände in der EU nichts ändern.

Exportoffensive auf Kosten afrikanischer LandwirtInnen?

Die vom Bauernverband geforderte Exportoffensive ist aus entwicklungspolitischer Sicht sehr bedenklich. Dies gilt insbesondere für Nord- und Westafrika, die als Märkte für EU-Milchpulver nach wie vor wichtiger sind als China. Die EU hat in den letzten Jahren den Export von mit Pflanzenfett angereichertem Milchpulver nach Westafrika mehr als verdoppelt. Vor allem die städtische Bevölkerung mit niedrigem und mittlerem Einkommen kauft es. Es verdrängt Milch von kleinbäuerlichen Erzeugern, die ihre Produkte meist informell am Rand der Metropolen oder in kleineren Städten vermarkten. Um ihre Position noch auszubauen, haben große Molkereien – zum Beispiel aus den Niederlanden und Frankreich – afrikanische Molkereien aufgekauft. Diese sind meist darauf spezialisiert, importiertes Milchpulver weiterzuverarbeiten und zu vermarkten. Wird dieser Trend durch eine staatlich geförderte Exportoffensive unterstützt, haben westafrikanische

nierte. Vielmehr soll es, solange die Preise unter einer bestimmten Schwelle bleiben, finanzielle Anreize für Betriebe geben, die ihre Produktion begrenzen. Dies soll mittel- und langfristige Erzeugerpreise sichern, die die vollen Produktionskosten decken und keinen weiteren Strukturwandel erzwingen. Das erfordert eine veränderte Strategie von Molkereien und vielen LandwirtInnen. Sie müssten mehr auf Qualität setzen, die mit höherer Wertschöpfung einhergeht, nicht auf standardisierte Massenprodukte wie Milchpulver. Sie könnten nicht nur hochwertigen Käse, sondern auch nachhaltige Methoden wie Weidehaltung oder das Füttern mit Heu als besonderen Vorzug vermarkten. Ziel ist, eine Vielzahl von Nischen für hochwertige Erzeugnisse zu schaffen und nicht möglichst viel möglichst billig zu produzieren. Angestrebt werden sinkende Milchmengen, höhere Preise und weniger Exporte, die mit der regionalen Erzeugung gerade auch in Entwicklungsländern nicht in direkter Konkurrenz stehen.

Beispiel Westafrika: regionale Absatzmärkte für die oft nomadischen RinderhalterInnen könnten stabilisiert und ausgebaut werden. Eine kohärente Entwicklungs- und Agrarpolitik könnte so eine nachhaltige Entwicklung in der Region fördern – auch für benachteiligte Gruppen.

Tobias Reichert

Unterstützen Sie den Protest gegen TTIP & CETA!

Im Herbst 2015 geht die Auseinandersetzung um die Handels- und Investitionsabkommen TTIP und CETA in die heiße Phase. Beide Abkommen drohen, Grundregeln der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben (siehe dazu auch den Artikel auf Seite 4). Es ist höchste Zeit, unseren Protest gegen die Abkommen auf die Straße zu tragen!

Ein breites Bündnis von über 30 Verbänden und Organisationen ruft zur bundesweiten Großdemonstration am 10. Oktober in Berlin auf, um ein kraftvolles Zeichen dafür zu setzen, dass

gesellschaftliche Errungenschaften wie Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz sowie ArbeitnehmerInnenrechte unverhandelbar sind. Auch eine nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft und die kulturelle Vielfalt sind Werte, die es zu schützen und auszubauen gilt.

Nur gemeinsam mit vielen Menschen wird es uns gelingen, die geplanten Abkommen zu stoppen und unsere Forderungen für eine soziale und ökologische Globalisierung umzusetzen.

Weitere Infos: www.ttipp-demo.de



Eine Frage der Haltung

Exportorientierung und artgerechte Nutztierhaltung beißen sich

Bisher orientiert sich die Strategie Deutschlands in Bezug auf Nutztierhaltung vor allem am Ziel von mehr Wachstum. Während in Deutschland die Nachfrage nach Fleisch leicht zurückgeht, setzt die Agrarpolitik immer stärker auf Exporte in Schwellen- und Entwicklungsländer. Doch die industrielle Tierhaltung führt zu vielen Problemen: Nitratüberschüsse im Grundwasser, gegen Antibiotika resistente Keime, prekäre Arbeitsverhältnisse, viel Leid für die Tiere, viele Treibhausgase und den Verlust gewachsener Kulturlandschaften. Angesichts der vielfältigen Herausforderungen ist bemerkenswert, dass sich die von Bundesagrarminister Christian Schmidt im September 2014 gestartete Initiative „Eine Frage der Haltung“ ganz auf das Tierwohl konzentriert. Was hat sich seitdem geändert?

Was bringt die freiwillige Selbstverpflichtung?

Schmidt setzt zumindest zunächst auf freiwillige Vereinbarungen. So sollen bei Legehennen ab August 2016 keine Schnäbel mehr gekürzt werden. Für Mastputen soll dagegen bis 2017 lediglich eine Studie erstellt werden, ob der Verzicht auf das Schnabelkürzen „machbar“ sei.

Der entscheidende Schritt müsste sein, die Haltungsbedingungen tatsächlich dem Tierwohl anzupassen. Denn die Tiere verletzen sich vor

allem dann gegenseitig – Grund für die bislang gängige Praxis des Schnabelkürzens –, wenn ihnen zu wenig Platz und Beschäftigungsmaterial zur Verfügung stehen. Landwirtschaftsminister Schmidt plant ein Prüf- und Zulassungsverfahren für serienmäßig hergestellte Stalleinrichtungen, das zu wesentlichen Verbesserungen führen könnte. Dazu müssten durch die geprüften Stalleinrichtungen verschiedene Funktionsbereiche mit verschiedenen Bodenbelägen, verschiedenen Klimazonen (vorzugsweise Außenklima), ausreichend Platz, artgemäße Beschäftigung, Nahrungsaufnahme und Körperpflege gesichert werden. Jedoch sind ein Jahr nach dem Start der Tierwohlinitiative noch keine Prüfkriterien bekannt.

Mehr als doppelt so viele Betriebe, wie durch das geplante Budget gefördert werden können, haben sich für die Brancheninitiative Tierwohl angemeldet. Das zeigt, wie viele Bäuerinnen und Bauern ihre Tiere gerne artgerechter halten würden, wenn sie es sich finanziell leisten könnten. Das Konzept sieht eine Umlagefinanzierung vor, bei der LandwirtInnen vom Lebensmittel-einzelhandel bereitgestellte Gelder erhalten, wenn sie bestimmte Mindestkriterien umsetzen. Umfragen zeigen, dass auch für 70 Prozent der VerbraucherInnen artgerechte Tierhaltung so wichtig ist, dass sie dafür zumindest moderat höhere Preise zahlen würden. Hier ist die Poli-



Diese Hühner können sich glücklich schätzen: Ihre Schnäbel wurden nicht gekürzt und sie werden auch entsprechend artgerecht gehalten.

tik gefragt, Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die LandwirtInnen, die viele Probleme für Mensch und Tier erzeugen, nicht länger Wettbewerbsvorteile gegenüber den anderen haben.

Trendwende statt punktueller Lösungen

Die Initiative geht die Probleme in der Nutztierhaltung nur punktuell an. Grundlegende Schritte, um das systemische Tierleid zu stoppen, sind bisher nicht erfolgt. Dazu wäre es notwendig, die Exportorientierung in Fleisch- und Milchproduktion zu überdenken. Denn um global konkurrenzfähige Produkte zu liefern, reduzieren die LandwirtInnen die Kosten so stark,

dass echte Verbesserungen kaum zu erreichen sind. Immer mehr Schäden werden auf Mensch, Tier und ökologische Mitwelt abgewälzt. Durch Überzüchtung und Kraftfutter werden Tiere zu Höchstleistungen angetrieben. Betriebe, die diesen Pfad für unverantwortlich halten, geraten finanziell massiv unter Druck.

Freiwillige Selbstverpflichtungen werden nicht ausreichen – es bedarf einer echten Trendwende, weg von der Quantität hin zur Qualität. Es gilt gemeinsame Strategien mit den vielen LandwirtInnen zu entwickeln, die ein anderes Leitbild von Landwirtschaft haben.

Elisa Kollenda

„Besser und Weniger“

Agrarwissenschaft fordert eine grundlegende Transformation der Tierhaltung

Die Nutztierhaltung ist in vielen Bereichen nicht nachhaltig. Zu diesem Schluss kommt der Wissenschaftliche Beirat Agrarpolitik (WBA) des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMEL) in seinem jüngsten, im März 2015 veröffentlichten Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“. Der Beirat ist offiziell vom BMEL beauftragt, aber unabhängig von politischen Vorgaben und wählt seine Mitglieder und die Themen seiner Gutachten selbst aus. Die Bundesregierung ist andererseits nicht an die Empfehlungen gebunden. Gleichwohl kann das von 14 ProfessorInnen fast aller wichtigen agrarwissenschaftlichen Fakultäten in Deutschland sowie dem bundeseigenen Thünen-Institut für Agrarforschung verfasste Gutachten beträchtliche Wirkung in der agrarpolitischen Diskussion entfalten.

Grundlegende Probleme in der Tierhaltung

Das aktuelle Gutachten hat bereits zu zahlreichen Reaktionen vor allem der Landwirtschaftsverbände und zivilgesellschaftlicher Gruppen geführt. Es stellt die Probleme der Erzeugung von Fleisch und Milch in Deutschland umfassend und fundiert dar. Besonders große Probleme identifiziert der Beirat:

- Beim Tierschutz, da viele Tiere aufgrund von Haltungsbedingungen, Züchtung und intensiver Fütterung erkranken beziehungsweise – bei Milchkühen – eine sehr geringe Lebenserwartung haben. Darauf wird häufig mit einem „Anpassen“ der Tiere (Kürzen von Hühnerschnäbeln und Schweineschwänzen) oder hohem Medikamenteneinsatz (Antibiotika) reagiert.
- Bezüglich der Gesundheit, denn der massive Antibiotikaeinsatz trägt dazu bei, antibiotikaresistente Krankheitserreger zu verbreiten. Gesundheitlich bedenklich ist auch der hohe Konsum tierischer Produkte, vor allem verarbeiteter Fleischwaren. Er liegt in Deutschland in etwa beim Doppelten der von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung empfohlenen Menge.
- Beim Umweltschutz, da die zunehmende Konzentration der Tierhaltung in wenigen Regionen (vor allem Nordwestdeutschland) dort zu



Die Exportorientierung führt zwangsläufig zur Kostenoptimierung in der Nutztierhaltung.

einem hohen Aufkommen von Exkrementen und damit der Belastung von Gewässern und Luft durch die darin enthaltenen Nährstoffe Stickstoff und Phosphor führen. Auch entstehen durch die Tierhaltung in bedeutendem Umfang Treibhausgase wie Methan und Lachgas.

- Bei der sozialen Situation der Beschäftigten, bei denen es sich häufig um MigrantInnen handelt, die zu niedrigen Löhnen oder als WerkvertragsnehmerInnen unangenehme und zum Teil gefährliche Tätigkeiten (die Arbeitsunfälle zur Folge haben) verrichten.

Kostendruck und Exportorientierung

Das Gutachten zeigt, dass ein enger Zusammenhang zwischen diesen Problemen und der auf Kostenführerschaft und Mengensteigerung ausgerichteten Exportstrategie der Agrar- und Lebensmittelindustrie besteht. Der WBA macht konkrete Vorschläge, wie Haltungssysteme tier- und umweltgerechter gestaltet werden können und nimmt eine Kostenschätzung dafür vor. Die Produktionskosten für Schweinefleisch würden danach um etwa ein Drittel steigen, die für Milch nur um zwei bis fünf Prozent. Hühnerfleisch und Eier mit Zusatzkosten von etwa 15 Prozent und Rindfleisch mit etwa 20 Prozent liegen dazwischen. Da die Produzentenpreise

nur etwa ein Viertel des Endverkaufspreises für tierische Produkte ausmachen, würden die Verbraucherpreise für Fleischprodukte um drei bis sechs Prozent steigen. Auf dem deutschen und europäischen Markt wären diese Steigerungen nach Einschätzung des WBA durchsetzbar, vor allem wenn Deutschland koordiniert mit anderen wichtigen Produzentenländern wie Frankreich, den Niederlanden und Dänemark vorgeht.

Transformation zu „besser und weniger“

Unvermeidbar ist bei einer tier- und umweltfreundlichen Tierproduktion, dass die Exporte von Fleisch und Milch zurückgehen. Auf internationalen Märkten lassen sich höhere Verkaufspreise mit dem Verweis auf nachhaltigere Erzeugungsbedingungen nicht durchsetzen. Der WBA empfiehlt daher „eine Transformation von

der Strategie der Mengenausweitung und Kostenführerschaft zu einer Differenzierungsstrategie mit höherer Wertschöpfung pro Produkteinheit“. Dies bringt das Leitbild „besser und weniger“ auf den Punkt, in dem eine geringere Erzeugung und ein verringerter Konsum eine tiergerechte Erzeugung ermöglichen, die sich innerhalb der ökologischen Grenzen bewegt.

Die notwendige Transformation kann nicht abrupt erfolgen, da dies aufgrund erfolgter Investitionen zu großen Strukturbrüchen führen würde. Daher ist eine klare und langfristige politische Rahmensetzung notwendig, um die richtigen Signale für die Transformation zu geben. Als Grundlage dafür empfiehlt der WBA einen breiten gesellschaftlichen Dialog darüber, wie sich die Tierhaltung zukunftsfähig gestalten lassen kann. Germanwatch wird einen neuen Schwerpunkt darauf legen, diese aus Umwelt- und Entwicklungsperspektive notwendige Transformation voranzubringen.

Tobias Reichert

Das Gutachten finden Sie unter:
www.kurzlink.de/WBA-Gutachten-2015



Unterstützen auch Sie die unabhängige Arbeit von Germanwatch. Werden Sie Mitglied!

Anmeldemöglichkeit und weitere Infos:
www.germanwatch.org/mitglied-werden

Sojaboom – kein Ende in Sicht?

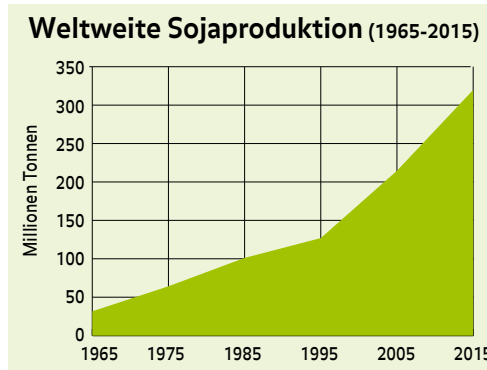
Waldflächen müssen weiterhin Anbauflächen weichen

Der Sojaanbau hat sich in den vergangenen fünfzig Jahren verzehnfacht. Dies liegt aber nicht an Tofu oder Sojamilch. Hauptgrund für die kontinuierliche Ausweitung des Sojaanbaus ist die zunehmende industrielle Fleischproduktion, für die Soja eine Schlüsselkomponente ist.

Die EU baut als einer der größten Fleischproduzenten kaum Soja an und ist auf Importe angewiesen. 88 Prozent ihrer Soja-Importe stammen aus Südamerika – vor allem Brasilien und Argentinien, aber auch Paraguay und Bolivien. Deutschland ist mit circa 4,5 Millionen Tonnen Soja einer der größten Abnehmer in der EU und belegt damit in Südamerika eine Anbaufläche von der Größe Hessens.

Immer wieder wird das „Soja-Moratorium“ als gutes Beispiel für den Schutz des brasilianischen Amazonasgebiets hervorgehoben. Damit verpflichten sich brasilianische Farmer, keine Urwaldflächen für den Anbau von Soja zu roden. Jedoch sind alle Bemühungen, das Moratorium auf andere Regionen auszuweiten, gescheitert. So werden weiterhin Flächen im Cerrado, der artenreichsten Savanne der Welt und einem der wichtigsten Wasserreservoirs Brasiliens, umgewandelt, ebenso in der Gran-Chaco-Region in Argentinien, Paraguay und Bolivien. Zudem steht die nur noch bis Mai 2016 gültige Vereinbarung immer wieder auf der Kippe und die neuen brasilianischen Gesetzesvorlagen geben Anlass zu ernster Besorgnis.

Heute liegt der Anteil von Soja an der gesamten Ackerfläche von Brasilien und Argentinien jeweils bei fast 70 Prozent. Der Begriff Monokultur erhält damit eine neue Dimension. Hinzu



Quellen: FAO und USDA

kommt die Nutzung von Gentechnik in Form von herbizidresistenten Sojabohnen, die diese intensive Form der Produktion erst ermöglichen. Die ökologischen Auswirkungen des Booms sind bereits heute spürbar: Die biologische Vielfalt schwindet, Böden degradieren, Erträge gehen zurück und in der Folge müssen noch mehr Flächen gerodet werden. Die dabei durch Abholzung und Brände freigesetzten großen Mengen Kohlendioxid beschleunigen den globalen Klimawandel.

Europa importiert Futtermittel, die unter Bedingungen angebaut werden, die hierzulande – aus gutem Grund – verboten sind. Ein Umdenken in der Tierhaltung ist notwendig. Sie muss sich an den dafür regional verfügbaren Futterflächen orientieren. Bis dies durchgesetzt ist, bedarf es für den Anbau von Soja sozialer und ökologischer Minimalkriterien – egal ob es auf dem Teller, im Tank oder im Futtertrog landet. Die Politiker und alle Vertreter der Warenflusskette Soja – wie Futtermittelhändler, Landwirte, Verarbeiter und Einzelhändler – sind gefordert zu handeln.

Birgit Wilhelm, Referentin für nachhaltige Landwirtschaft, WWF Deutschland

Hintergrundinfos:

Größtes Schutzgebietssystem der Welt in Gefahr! – www.kurzlink.de/WWF_Amazonas_2015
Eiweißforum – www.eiweissforum.de

Gentechnik (frei) in Europa?

Es ist ein Erfolg der gentechnik-kritischen Bewegung: Nur auf 0,12 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche der EU werden gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut. Diese Fläche liegt überwiegend in Spanien und Portugal und beschränkt sich auf eine Sorte, MON810, ein gegen Maiszünsler resistenter Mais der Firma Monsanto. Diese weitgehende Gentechnikfreiheit im Anbau erweist sich als Wettbewerbsvorteil für europäische Bauern, weil viele Verarbeiter und Lebensmittelhändler gentechnikfreie Rohstoffe verlangen.

Bei pflanzlichen Lebensmitteln gibt es klare Regelungen für eine Kennzeichnung. Jedoch verhinderten europäische Bauern- und Futtermittelverbände, dass es eine Kennzeichnungspflicht bei tierischen Lebensmitteln gibt, also für Milch, Eier und Fleisch, für die gentechnisch veränderte Futtermittel eingesetzt wurden. Genau diese Lücke ist das große Einfallstor für Importe von Gentechnik-Futtermitteln nach Europa, denn ein großer Teil des importierten Sojas ist gentechnisch verändert.

Eine europäische verpflichtende Kennzeichnung für tierische Produkte würde die Nachfrage nach gentechnikfreiem Soja oder heimischen Eiweißfuttermitteln stark verändern. Immerhin: 2008 wurde in Deutschland die freiwillige Kennzeichnung „ohne Gentechnik“ für tierische Produkte eingeführt. Aufgrund von starkem zivilgesellschaftlichen, bäuerlichen aber auch unternehmerischen Druck erklärten sich – nach anfänglichem Widerstand – immer mehr Supermarktketten bereit, „ohne Gentechnik“ erzeugte Milch, Eier und teilweise sogar Fleisch für die VerbraucherInnen anzubieten.

Die bisherige Entwicklung zeigt: Gentechnik-freies Soja ist lieferbar – wenn es denn nachgefragt wird. Hier sind alle gefordert: VerbraucherInnen beim Einkauf; der Handel, indem er Produkten „ohne Gentechnik“ Vorrang gibt und den LandwirtInnen einen fairen Preis dafür zahlt; die Bäuerinnen und Bauern, die gentechnikfreies Futter aus der Region verwenden;

Futtermittelhändler, die sich trauen, gentechnikfreie Mischungen mit immer mehr heimischen Eiweißpflanzen anzubieten, und insbesondere auch die Politik, die die gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft in Europa schützen muss.

EU-Kommission und Industrie setzen weiter auf Gentechnik

Es gibt weitere Einfallstore und massive Versuche, die Gentechnik durchzusetzen. Ein Einfallstor ist die sogenannte „Opt-out“-Regelung, die im März 2015 beschlossen wurde. Diese soll es den Mitgliedstaaten einfacher machen, den Anbau einer in Europa zugelassenen Gentechnik-Pflanze im eigenen Land ganz oder teilweise zu verbieten. Anbauverbote sollen nicht nur wie gehabt bei „neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen“ möglich sein, sondern auch aus sozio-ökonomischen, agrar- oder umweltpolitischen Gründen. Was sich erst mal gut anhört, könnte dazu führen, dass vermehrt Gentechnik-Pflanzen zugelassen werden. Der Widerstand von Mitgliedstaaten gegen eine europäische Anbauzulassung könnte kleiner werden, da sie ja unabhängig davon den Anbau in ihrem Land verbieten können. Damit droht ein Flickenteppich von Gentechnik-Anbau in Europa. In Deutschland steht aktuell die Umsetzung der Opt-out-Richtlinie an. Während das Bundeslandwirtschaftsministerium vor allem den Bundesländern die Verantwortung für Anbauverbote übertragen will, wollen die Bundesländer, Nichtregierungsorganisationen und das Bundesumweltministerium einheitliche, vom Bund erteilte Verbote. Sie befürchten sonst unübersichtliche und wenig wirksame Regeln innerhalb Deutschlands. Für ein dauerhaft gentechnikfreies Europa gibt es noch viel zu tun. Bleiben wir dran!

Annemarie Volling, Gentechnik-Referentin der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V.

Weitere Infos:

www.abl-ev.de/themen/gentechnikfrei.html

Lebensmittelverschwendung strategisch angehen

Konkrete Zielvereinbarungen als Teil der globalen Verantwortung Deutschlands

Es war eine Meldung, die viele aufhorchen ließ: Das französische Parlament verabschiedete im Mai dieses Jahres einstimmig ein Gesetz, das Supermärkten verbietet, Lebensmittel in den Müll zu werfen. Stattdessen sollen sie die Ware kostenlos an soziale Einrichtungen abgeben bzw. sie der Landwirtschaft als Tierfutter oder Kompost überlassen. Italien möchte Frankreichs Vorbild folgen und bis Ende des Jahres ein Gesetz einbringen, das den Handel durch steuerliche Anreize dazu bewegen soll, Lebensmittelüberschüsse zu spenden. Großbritannien dagegen setzt auf freiwillige Selbstverpflichtungen des Handels zur Verringerung von Lebensmittelabfällen. Aber kann der Handel alleine es richten?

Sinnlose Ressourcenvergeudung

Lebensmittelverschwendung ist nicht nur aus ethischen Gründen inakzeptabel, sondern auch für Klima und Umwelt sehr problematisch. Fast 30 Prozent des weltweiten Ackerlandes und ein Viertel des gesamten

Wasserverbrauchs der Erde werden für die Produktion von Lebensmitteln verwendet, die schon bei Ernte und Lagerung verderben oder von Handel und Haushalten weggeworfen werden. In Deutschland landen nach einer aktuellen Studie des WWF 18 Millionen Tonnen Lebensmittel pro Jahr im Abfall, 61 Prozent davon in Verarbeitung, Lebensmitteleinzelhandel und Großküchen. Zehn Millionen Tonnen davon ließen sich vermeiden und damit gleichzeitig 2,6 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzte Flächen sinnvoller nutzen und 22 Millionen Tonnen Treibhausgas einsparen – das entspricht in etwa einem Drittel der landwirtschaftlichen Treibhausgas-Emissionen Deutschlands.

Freiwillig oder Verbindlich?

Die Bundesregierung setzt vor allem auf die Initiative *Zu gut für die Tonne!*, mit der VerbraucherInnen sensibilisiert und zu Verhaltensänderungen angeregt werden sollen. Freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft stößt die Initiative ebenfalls an.

Konkrete Reduktionsziele hielt die Bundesregierung bislang für ungeeignet – weil die notwendige Datengrundlage und verlässliche Erhebungsmethoden fehlten. Allerdings beschloss der Deutsche Bundestag bereits 2012 einen fraktionsübergreifenden Antrag, in dem er die Bundesregierung aufforderte, die Menge der Lebensmittelabfälle bis 2020 um die Hälfte zu reduzieren und damit der EU-Zielsetzung zu folgen. Laut den globalen nachhaltigen Entwicklungszielen (SDG, s. Artikel S. 4), die auch für Deutschland gelten, sollen bis 2030 die Lebensmittelverluste und -abfälle um 30 Prozent pro Kopf entlang der

gesamten Wertschöpfungskette reduziert werden (Ziel 12.3).

Die internationalen Ziele werden nur die notwendige Wirkung entfalten, wenn die Bundesregierung eine Gesamtstrategie zur Reduktion der Lebensmittelverschwendung und verbindliche Zielvorgaben entwickelt und zügig umsetzt. Die VerbraucherInnen alleine können es nicht richten. Es sind konkrete Zielvereinbarungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette – Landwirtschaft, Verarbeitungsindustrie, Handel, Großverbraucher, Privathaushalte – notwendig.

Daniela Baum

Weitere Infos:

WWF-Studie „Das große Wegschmeißen“ – www.kurzlink.de/studie_wegschmeissen



Lea Jenkner bei der Germanwatch-Aktion zum Erdüberlastungstag 2015 mit ihrem Slogan zum Europäischen Jahr für Entwicklung. Mehr Infos: www.germanwatch.org/de/eje2015



Grafiken: © WWF/Infografik Anita Drbohlav, www.paneemadesign.com



Termine

- **Hamburg, 09. + 10.10.15, 20 Uhr:** Aufführung „Welt-Klimakonferenz“ vom Künstlerkollektiv Rimini Protokoll, u.a. mit Klaus Milke & Christoph Bals. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/10650
- **Viersen, 29.10.15, 19 Uhr:** Seminar „Wir Europäer(innen) und die Post-2015-Agenda“ mit Alexander Reif. Weitere Infos: www.tinyurl.com/ofc7s6l
- **Bonn, 29.10.15, 13 Uhr:** Forum „Wirtschaft muss sich wandeln – Impulse für nachhaltiges Wirtschaften“, u.a. mit Stefan Rostock. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/10341
- **Dortmund, 13.11.15, 10-16 Uhr:** „Nie wieder Rana Plaza!“, Studientag zu Wirtschaft und Menschenrechten, u.a. mit Johanna Kusch. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/10594

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Klimaschutz und Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima und Entwicklung / Ernährung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt
Berlin: Germanwatch e.V., Stresemannstr. 72, 10963 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1
Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19
Internet: www.germanwatch.org, E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden
Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00
BIC / Swift: BFSWDE33BER

Impressum
Herausgeber: Germanwatch e.V., Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Daniela Baum, Christoph Bals. Stand: September 2015. Layout: Dietmar Putscher, Köln. Auflage 100.000.

Gedruckt auf Recyclingpapier mit umweltfreundlichen Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe.

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.



Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- ☐ Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich). www.germanwatch.org/de/weitblick
- ☐ Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Germanwatch-Kurznachrichten (alle sechs Wochen) www.germanwatch.org/de/abos-bestellen
- ☐ Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter KlimaKompakt (1 bis 2 Aussendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz. www.germanwatch.org/de/klimakompakt
- ☐ _____ Exemplare dieser Zeitungsausgabe. Kostenlos. www.germanwatch.org/de/weitblick
- ☐ Studie: Schweine im Weltmarkt und andere Rindvieher. Die Klimawirkung der exportorientierten Landwirtschaft in Deutschland. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/6351
- ➔ Broschüre: Export in die Sackgasse. Folgen für bäuerliche Höfe weltweit. Alternativen für die Agrarpolitik. Nur als Download. www.germanwatch.org/de/9029
- ☐ Publik-Forum Dossier: Höchste Zeit für Klimaschutz. Die Politik, der Papst und die Menschheit. Kostenlos. www.germanwatch.org/de/10845
- ☐ Indizien für eine Trendwende in der internationalen Klima- und Energiepolitik. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/10353
- ☐ Handbuch: Beteiligung und Transparenz bei der Stromnetzplanung. Handlungsempfehlungen vom BESTGRID-Projekt. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/10149
- ☐ Unterrichtsmaterial: Folgen der Globalisierung am Beispiel Handy, inkl. Online-Spiel. 8 Euro. www.germanwatch.org/de/2573

Die oben aufgeführten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung: versand@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn.

Name, Vorname _____

Evtl. Organisation/Firma _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Tel./Fax _____

E-Mail _____

Welthandelspolitik ohne Orientierung

Eine Welthandelspolitik, die die Existenz vieler Menschen oder der ökologischen Mitwelt zum ungezügelten Spielball der Märkte macht, stößt bei betroffenen Menschen und Ländern auf Widerstand. In entsprechend schwerem Gewässer befinden sich viele laufende Verhandlungen. Zwar konnte die Welthandelsorganisation WTO im Dezember 2013 im indonesischen Bali ein symbolisch wichtiges, neues Abkommen zum Abbau bürokratischer Hemmnisse und für eine verbesserte Infrastruktur bei der Zollabwicklung verabschieden. Aber es ging nur um einen kleinen Baustein der 2001 in Katar gestarteten Doha-Runde, der bislang erst von wenigen Staaten ratifiziert wurde. Und drei Monate vor der nächsten WTO-Konferenz in Nairobi gibt es kaum noch Chancen, dass der gewünschte Fahrplan vereinbart wird, mit dem die in Bali ausgeklammerten kontroversen Punkte der Doha-Agenda gelöst werden sollen.

WTO zurück in der Sackgasse

Ohne die in Bali versprochenen Vereinfachungen für diejenigen Entwicklungsländer, die Programme zur Ernährungssicherheit ausbauen wollen, ist ein WTO-Durchbruch nicht zu erwarten. Das aber wird noch nicht einmal ernsthaft diskutiert. Auch sehen Länder wie Indien, Indonesien und China große Risiken für ihre Landbevölkerung und deren Recht auf Nahrung, wenn sie ihre Agrarmärkte schnell und weit öffnen. Insbesondere aber die USA stellen sich hier stur und machen dies zur Bedingung dafür, ihre eigenen Agrarsubventionen zu verringern.

Auch ist völlig offen, ob es noch einmal gelingen könnte, zumindest Beschlüsse zu einzelnen, weniger kontroversen Themen zu fassen.

Zähe Verhandlungen zu den großen regionalen Abkommen

Angesichts der jahrelangen Stagnation der Doha-Runde setzen die USA und die EU zunehmend auf regionale Verhandlungen mit großen Volkswirtschaften. Die Ziele sind: weniger Zölle, vereinheitlichte Standards und der Schutz der Wirtschaft vor „diskriminierenden“ staatlichen Auflagen. Die USA wollten eigentlich diesen Sommer ein Handels- und Partnerschaftsabkommen mit Ländern des pazifischen Raums schließen. Beim entscheidenden Ministertreffen aber gab es keine Einigung über den Marktzugang für Reis, Milch und Autos sowie über den Schutz geistiger Eigentumsrechte für Medikamente. Trotz offiziell verkündetem Optimismus ist bislang unklar, wann ein neuer Anlauf gewagt wird.

Das TTIP-Abkommen zwischen USA und EU soll handelsbeschränkende Wirkungen von Regeln und Standards abbauen. Das Spektrum reicht dabei von Vorschriften für die Farbe von Auto-Blinklichtern bis zur Zulassung gentechnisch veränderter Organismen (GVO). Es ist das erklärte Ziel der neuen EU-Kommission, auf diesem Weg EU-Regeln wirtschaftsfreundlicher zu gestalten. Ein neuer transatlantischer Regulierungsrat soll Wirtschaftsinteressen systematisch stärken.

TTIP als Instrument der Deregulierung

Zivilgesellschaftliche Gruppen vor allem in der EU befürchten, dass das Abkommen Umwelt- und Verbraucherstandards aushöhlt oder für die notwendige Transformation erforderliche Rahmenseetzungen und Regulierungen verhindert. Beispiel gentechnisch veränderte Organismen: Regierung und Lobbygruppen in den USA wollen einem TTIP nur zustimmen, wenn die EU deren Anbau und Vermarktung erleichtert. Zugleich ist das Thema in der EU hoch umstritten. Unter anderem deshalb will die Kommission den Mitgliedstaaten mehr Kompetenzen bei der Zulassung von GVO einräumen (siehe Artikel Seite 3). Nach den Regeln des EU-Binnenmarkts kann es Probleme aufwerfen, wenn nur einige Mitgliedstaaten Saatgut zulassen. Wenn es deshalb zu Neuregelungen kommen muss, dann säßen im geplanten TTIP-Regulierungsrat US-Regierung und Saatgutindustrie mit am Tisch.

Dem Versprechen der Regierungen, im Rahmen von TTIP für die besseren Standards für Umwelt und Soziales einzutreten, steht der bisherige Verhandlungsverlauf entgegen. Solange sie keinen grundlegend anderen Ansatz verfolgen, werden sich die europäischen Regierungen auf wachsende Proteste gegen TTIP einstellen müssen (siehe Aufruf zur TTIP-Demo auf Seite 1).

Tobias Reichert

Die erste globale Entwicklungsagenda

Sustainable Development Goals als Maßstab für Industrie- und Entwicklungsländer

Bei der 70. UN-Generalversammlung Ende September in New York hat die Internationale Gemeinschaft einen wichtigen und angesichts der zerstrittenen Welt zuvor kaum für möglich gehaltenen Meilenstein erreicht. Globale nachhaltige Entwicklungsziele – Sustainable Development Goals (SDG) – sowohl für Entwicklungs- als auch Industrieländer sollen eine Entwicklungsagenda bis zum Jahr 2030 ermöglichen, die darauf abzielt, die individuellen und sozialen Menschenrechte innerhalb der planetaren Grenzen einzuhalten. Dabei ist klar: Die nachhaltigen Entwicklungsziele sind das Resultat von schwierigen Aushandlungsprozessen und ihre Umsetzung ist zwar angekündigt, aber nicht rechtlich bindend. Unklar ist beispielsweise, ob ihre Umsetzung eine höhere Priorität einnehmen wird als etwa das derzeit verhandelte Freihandelsabkommen „TTIP“ zwischen der EU und den USA. Der Lackmустest der SDG wird die Übersetzung in nationale Politiken und die Umsetzung der 17 Haupt- und 169 Unterziele auf allen Ebenen sein.

Der Handlungsdruck für die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele ist groß: Seit 1990 hat sich die Weltwirtschaft verdoppelt – die Entkopplung vom Umweltverbrauch ist jedoch noch nicht gelungen. Die CO₂-Emissionen sind 40 Prozent höher, der globale ökologische Fußabdruck ist fast doppelt so hoch, wie es die Tragfähigkeit des Planeten hergibt. Ein Fünftel der Weltbevölkerung leidet schon jetzt unter Wasserknappheit. Der globale Wandel durch den menschlichen Einfluss auf den Planeten Erde ist im Jahr 2015 nicht mehr zu übersehen. Das bisherige Wohlstandsmodell der reichen Regionen der Welt gerät an seine Grenzen. Auch die große Zahl von Flüchtlingen ist ein bezeichnendes Symptom dafür, dass sich diese Krisen zuspitzen.

Sind die Ziele hinreichend für die Herausforderungen der nächsten Dekade?

Die Umsetzung der SDG wird zu einer großen Herausforderung. Zum einen drohen die Krisensymptome – wie die Versorgung so vieler Flüchtlinge – den Kampf gegen die Krisenursachen in den Hintergrund zu drängen. Doch wäre es kurzsichtig und – wie es Papst Franziskus kürzlich in seiner Umwelt-Enzyklika ausgedrückt hat – ein „suizidaler Pfad“, wegen dieser akuten Krisen die Ursachen künftiger, weit größerer Krisen nicht entschieden anzugehen. Kurzfristiges Krisenmanagement muss mit langfristiger Krisenvorsorge Hand in Hand gehen. Zum anderen zeigen sich die Probleme eines ungezügelten kapitalistischen Wirtschaftssystems immer drängender: Gewinne werden privatisiert und negative Konsequenzen auf die Armen und die ökologische Mitwelt abgeschoben. Gemeingüter wie At-

mosphäre, Ozeane und Böden werden zugunsten Weniger und zu Lasten der Mehrheit sowie künftiger Generationen ausgebeutet. Es darf nicht wieder – wie in der Dekade nach dem Erdgipfel von Rio 1992 – vorneherum über Nachhaltigkeit geredet und hintenherum die Bahn frei gemacht werden für einen ungezügelten Finanzkapitalismus.

Die nachhaltigen Entwicklungsziele und der UN-Klimagipfel im Dezember in Paris können zu einem wichtigen universellen Referenzrahmen werden für alle, die auf die anstehenden Krisen mit Horizonterweiterung statt angstbesetzter Horizontverengung reagieren. Doch die entscheidenden politischen Auseinandersetzungen lassen sich nur gewinnen, wenn sich Menschen in einer aktiven Zivilgesellschaft zusammenschließen, um gemeinsam zu handeln und Druck auf die Politik zu machen.

Sönke Kreft, Klaus Milke & Christoph Bals

Die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung



Umfangreiche Informationen zu den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung finden Sie auf diesen Websites:

- The Global Goals - <http://www.globalgoals.org> (Englisch);
- UN Sustainable Development Knowledge Platform - <https://sustainabledevelopment.un.org> (Englisch);
- SDSN Germany - <http://www.die-gdi.de/sdsngermany/> (Deutsch)